

"Noch viel aufzuarbeiten" - Luc Jochimsen, Präsidentschaftskandidatin der Linken, über Ausgrenzungen, DDR-Vergangenheit und verpasste Chancen

Frage: Hannelore Kraft möchte sich in Nordrhein-Westfalen an die Spitze einer rot-grünen Minderheitsregierung wählen lassen – ohne die Linke an der Macht beteiligen zu wollen. Das könnte heißen, SPD-Chef Sigmar Gabriel organisiert die Renaissance von Rot-Grün und die Linken sollen der Steigbügelhalter sein. Können Sie Ihren Parteifreunden in NRW empfehlen, für Hannelore Kraft zu stimmen?

Luc Jochimsen: Zunächst einmal entscheiden das die Kollegen vor Ort. Dann ist aber auch vollkommen klar, dass wir uns nach den Inhalten richten. Wenn beispielsweise im Parlament ein Antrag kommt, die Studiengebühren zurück zu nehmen, werden wir uns dem kaum verschließen. Wir sind im Wahlkampf damit angetreten, dass es einen Politikwechsel geben muss. Das schließt natürlich einen Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten ein. Deshalb kann ich mir sehr gut vorstellen, für eine sozialdemokratische Ministerpräsidentin zu stimmen. Es muss dann aber auch eine faire Einbindung in die Regierungsarbeit geben. Sicherlich gibt es das Instrument der Tolerierung, doch es muss ein Zeitpunkt kommen, an dem man sich ehrlich macht – ob man zusammenarbeiten will oder nicht. Das liegt nicht an uns.

Frau Kraft hat immerhin gesagt, die Linke sei nicht regierungsfähig.

Das ist ihr Urteil. Wir selbst halten uns immer für mitregierungsfähig, wenn wir bestimmte Inhalte unserer Programme verwirklichen können. Einschnitte im sozialen Bereich werden niemals mittragen.

Es ist kein Geheimnis, dass die Ost- und die West-Linke große Unterschiede aufweist: Im Osten geht man pragmatischer und realistischer in Sondierungen.

Den Eindruck habe ich überhaupt nicht. Es gibt einen Pluralismus wie in jeder anderen Partei auch.

Auf kommunaler Ebene arbeiten pragmatische Linke sogar mit der CDU zusammen, was im Westen kaum vorstellbar wäre.

Ich habe dafür vollstes Verständnis. Es geht immer um die Programme. Wenn wir zum Beispiel in einer Stadt ein Wasserwerk nicht privatisieren wollen und die CDU will das auch nicht – dann ist doch selbstverständlich, dass wir zusammenarbeiten.

Stellen Sie sich bitte folgendes Szenario vor: Die Linke verhilft Frau Kraft ins Amt – und diese strebt dann eine Ampelkoalition an. Wenn man das Bundespräsidentenwahl überträgt: SPD und Grüne haben einen eigenen Kandidaten aufgestellt – macht das die Linke überflüssig?

Diese Ausgrenzungsmethoden sind wir gewohnt. Momentan erleben wir eine neue Art von Ausgrenzung. Die SPD hat die Chance verpasst, einen gemeinsamen Kandidaten mit uns und den Grünen zu benennen. Mit dem Aufstellen eines Kandidaten wie Friedrich Schorlemmer hätten wir einen gemeinsamen Kandidaten der Opposition präsentieren können. Ich wäre gegen einen Kandidaten Friedrich Schorlemmer nicht angetreten.

Weil Friedrich Schorlemmer ein Vertreter der Schlussstrich-These ist, der ein Freudenfeuer aus Stasi-Akten anzünden wollte?

Nein, nicht deswegen. Sondern weil Friedrich Schorlemmer mit der Schwerter-zu-Pflugscharen-Aktion so früh als Mann des Friedens positioniert hat. Er ist ein Versöhner und ein hoch angesehener Buchautor, und das auch im Westen.

Ist Friedrich Schorlemmer gefragt worden?

Nein. Das war nach der Gauck-Kandidatur für SPD und Grüne weder möglich, noch nötig.

Stichwort: Ausgrenzung. Joachim Gauck läuft in den Medien hoch und runter, Sie dagegen kommen nicht ganz so häufig vor. Wie beurteilen Sie das, schließlich sind Sie Medienprofi und waren unter anderem Chefredakteurin des Hessischen Rundfunks?

Ich fühle mich, vor allem von den öffentlich-rechtlichen Anstalten, überhaupt nicht fair behandelt. Der Hype, wie er beispielsweise jetzt an Joachim Gauck verfolgt werden kann, ist ja mittlerweile ein gängiges Mittel in den Medien. Ich kann das Drama, das sich aus einem Duell ergeben würde, nicht bieten. Es gibt Sendungen im Öffentlich-Rechtlichen, zu denen die beiden anderen Kandidaten eingeladen werden – für die ich aber übergangen werde. Das halte ich für sehr unfair.

Sehen Sie, dass die Strategie von SPD und Grünen, mit Joachim Gauck einen Kandidaten aufzustellen, der das schwarz-gelbe Lager spaltet und der Linken Gewissensfragen stellt, aufzugehen scheint?

Das ist sicherlich eine geschickte Strategie. Aber die Linke stellt das nicht vor Probleme.

Wäre für die Linke ein Bekenntnis pro Gauck nicht eine Chance gewesen, ihre DDR-Vergangenheit offensiv anzugehen?

Joachim Gauck ist kein Kandidat für die Linke, weil er keine einzige linke Position vertritt. Wenn er in die Wahl gehen und beispielsweise einen Schlusstrich für den Afghanistan-Einsatz fordern würde, wenn er soziale Einschnitte geißeln würde, wenn er gegen die Rente mit 67 wäre – dann könnte die Linke ihn unterstützen.

Es sind nicht die Stasi-Akten, die die Linke von einer Unterstützung abhält?

Auf jeden Fall sind es die Stasi-Akten nicht allein. Im Übrigen sagt Joachim Gauck, die Linkspartei sei überflüssig.

Dann unterstützt die Linke in einem möglichen zweiten oder dritten Wahlgang den Kandidaten von Schwarz-Gelb, Christian Wulff?

Man sollte sich nicht in ein Duell Wulff gegen Gauck hineinsteigern. Wir sind gegen beide.

Sind sie sicher, dass die Linke in allen Wahlgängen für Sie stimmen wird? Immerhin gebe es in einem möglichen dritten Wahlgang die Möglichkeit, eine Sensation zu schaffen – wenn Joachim Gauck gewählt würde.

Ich bin überzeugt, dass es zu keinem zweiten oder dritten Wahlgang kommen wird. Sollte diese Situation doch eintreten, ist vereinbart, dass wir uns nach jeder Abstimmung beraten. Ich halte es für sehr ausgeschlossen, dass sich die Linke für einen Kandidaten Gauck aussprechen wird. Auch wenn in der Politik vieles möglich ist.

Es gibt ganz klare Stimmen in Ihrer Partei, die sprechen sich für eine Gauck-Wahl im dritten Wahlgang aus. Stichwort: Vordenker André Brie.

Er ist aber auch der Einzige, der das fordert. Durch Wiederholung vermehrt sich diese Stimme aber nicht.

Wenn Sie Joachim Gauck nicht wählen, würde damit die Merkel-Regierung gestützt. Wollen Sie das wirklich?

Bei strategischen Fragen ist immer entscheidend, was zum Schluss dabei rauskommt. Um die Regierung Merkel zu ärgern – mehr ist das nämlich nicht –, halte ich den Preis eines Bundespräsidenten Gauck für zu hoch.

Würden Sie sagen, dass sich die Bundesrepublik sofort aus Afghanistan zurückziehen sollte?

Das haben wir immer gefordert. Sofort heißt ja nicht ungeordnete Flucht, sondern bis zum Ende des Jahres. Es würde einen Rückzug unter militärischen Gesichtspunkten geben. Die spanische Regierung hat im Fall Irak gezeigt, dass das möglich ist – wenn der Wille dazu besteht.

Das heißt, Sie würden als Bundespräsidentin auch kein Gesetz unterschreiben, das den Einsatz in Afghanistan verlängert?

Mandatsverlängerungen landen zunächst einmal nicht auf dem Tisch des Bundespräsidenten. Aber es ist denkbar, dass es ein Gesetz geben könnte, das den Einsatz in Afghanistan grundsätzlich regelt – und dann auf meinem Tisch liegen müsste. Natürlich würde ich versuchen, mich so strikt wie möglich an die Verfassung zu halten und mich auch Verfassungsrechtlern beraten. Wenn ich in einen Konflikt mit meinem Gewissen käme, würde ich mich aber auch vor einem Konflikt nicht mit der Bundesregierung nicht zurückschrecken. Dann müsste das Verfassungsgericht entscheiden.

Gilt das beispielsweise auch für das schwarz-gelbe Sparpaket, selbst wenn es juristisch in Ordnung wäre?

Aus politischen Gründen würde ich meine Unterschrift nicht verweigern. Die Frage wäre dann: Sieht man ein Gesetz für die Gesellschaft als so schädlich an, dass man es als Bundespräsident nicht mittragen kann? Auch da schließe ich einen Verfassungskonflikt nicht aus.

Horst Köhler hat sich in einer Weise in die Tagespolitik eingemischt, wie man es nur selten von seinen Vorgängern erlebt hatte. Wären Sie eine politische Bundespräsidentin?

Man sagt ja, die Macht des Bundespräsidenten besteht im Wesentlichen in seinem Wort. Es gab Bundespräsidenten, die mit ihren Worten und mit ihren Überzeugungen sehr politische Präsidenten waren. Ich denke da an Richard von Weizsäcker, Gustav Heinemann oder auch Theodor Heuss. Ein Bundespräsident muss integrieren, muss ein Bundespräsident für alle sein. Einen unpolitischen Präsidenten kann ich mir nicht vorstellen, weshalb ich mich auch oft in das aktuelle Geschehen einmischen würde. Von Joachim Gauck kann ich mir das übrigens nicht vorstellen.

Ihr Mitkonkurrent Gauck hat sich als linken, liberalen Konservativen beschrieben. Glauben Sie, dass eine solche Kombination möglich ist?

Das glaube ich auf keinen Fall. Man kann vielleicht linksliberal sein. Diese Dreierkombination geht aber nicht – dann wird man beliebig, jemand, der allen alles recht machen will. Ich positioniere mich links. Früher war ich dem linken Flügel der Sozialdemokratie zugeneigt, als die sich die SPD aber veränderte, habe mich für die PDS und dann für die Linke entschieden.

In dieser Woche wurde der neue Verfassungsschutzbericht vorgestellt. Dessen Fazit lautet: Rechtsextreme Gewalt bleibt auf hohem Niveau, linksextreme Gewalt ist stark angestiegen. Inwieweit belastet Sie und Ihre Partei die Zunahme linksextremer Gewalt?

Extremisten bereiten mir immer Sorgen. Ich bitte aber darum, keinen Zusammenhang zwischen der Linkspartei und den Gewalttaten am linken Rand herzustellen. Das wäre abenteuerlich. Erleichtert bin ich darüber, dass es geschafft wurde, den Rechtsextremismus zwar auf hohem Niveau, aber doch zu stoppen. Das ist sicherlich auch ein Verdienst der vielen Bürgerbündnisse, die sich inzwischen dem rechten Rand entgegenstellen.

Weshalb nimmt aber gerade die linksextreme Gewalt zu?

Das muss noch genauer analysiert werden, um welche Gruppierungen es sich handelt. Natürlich gibt es aber eine Verbindung zur sozialen Lage im Land.

Die soziale Lage hat auch etwas mit Schwarz-Gelb zu tun.

Selbstverständlich. Von der schwarz-gelben Bundesregierung wird eine Politik betrieben, die nicht wenige Menschen mit Empörung und Zorn erfüllt.

Die Kanzlerin hat darauf hingewiesen, dass sich der prozentuale Anteil der Sozialausgaben am Bundeshaushalt innerhalb von 20 Jahren auf 55 Prozent etwa verdoppelt hat. Wie definieren Sie soziale Gerechtigkeit?

Dazu gehört zum Beispiel, den Menschen einen anständigen Lohn zu zahlen, damit sie nicht als sogenannte Aufstocker soziale Transferleistungen bekommen müssen. Die Menschen und die Familien müssen von ihrer Arbeit leben können. Wenn die Leute ihre Miete nicht mehr bezahlen können, steigt eben der Sozialhaushalt. Dass dieser so angestiegen ist, liegt ja auch daran, dass wir zu einem Land mit Dumpinglöhnen geworden sind, mit Zeitarbeit, Niedriglohnssektor und vielem mehr.

Für Ihre Äußerungen, dass die DDR im juristischen Sinn kein Unrechtsstaat war, haben Sie viel Kritik eingesteckt. War die DDR denn im nicht-juristischen Sinn ein Unrechtsstaat?

Ich verstehe nicht, warum man von mir verlangt, dass ich nicht mit eigenen Worten beschreiben darf, wie ich die DDR sehe. Die DDR war eine Diktatur, sie war kein Rechtsstaat, sie war ein Staat, der unverzeihliches Unrecht an seinen Bürgern begangen hat – und deswegen auch zu recht zusammengebrochen ist. Warum soll ich sagen, dass die DDR ein Unrechtsstaat war? Nur weil es sich um eine bestimmte Vokabel handelt? Ich habe mich schon in der Bundesrepublik geweigert, Wortschablonen wie sogenannte DDR oder „DDR“ zu sagen.

Wenn Sie sagen, die DDR sei kein Rechtsstaat gewesen, heißt das doch im Umkehrschluss, sie war ein Unrechtsstaat?

Ich bin keine Juristin. Aber die Juristen sagen, Rechtsstaat ist eine juristische Kategorie – Unrechtsstaat ist es nicht.

Glauben Sie, dass die DDR ausreichend aufgearbeitet worden ist?

Nein. Ich glaube, dass wir noch lange Zeit brauchen, die Tiefen der DDR-Vergangenheit aufzuarbeiten. Auch nach 20, 30 oder 40 Jahren gab und gibt es rückblickend auf das Hitler-Regime immer wieder neue Dinge entdecken, die noch nicht bekannt oder die verdrängt worden waren. Das Gleiche gilt für die DDR. Deshalb haben wir auch noch viel zu arbeiten, was die DDR-Vergangenheit angeht. Damit ist längst nicht Schluss. Die Linkspartei hat bereits viel zur Aufarbeitung in ihren eigenen Reihen getan. Doch auch hier ist noch sehr viel zu tun.

Was heißt für Sie Aufarbeitung?

Dass man sich mit allen Details der Geschichte vertraut macht. Zum Beispiel, dass man die DDR mal nicht als statischen geschichtlichen Komplex betrachtet, sondern von ihren Anfängen, auf die verschiedene Phasen folgten. Mich stört, dass man die DDR immer vom Ende her denkt.

Die schlimmsten Menschenrechtsverletzungen gab es aber zum Anfang der DDR. Stichwort: Verschleppungen.

Ja, auch darum muss es gehen. Ich möchte, dass ein differenziertes Bild der DDR entsteht.

Hat man sich bislang zu sehr auf den Stasi-Aspekt konzentriert?

Auf jeden Fall. Dass man sich zu sehr auf die Stasi gestürzt hat, ist doch allgemeine Erkenntnis, denke ich.

Interview: Bernd Hilder, André Böhmer, Andreas Debski

Ein Service der Leipziger Volkszeitung
vom 23. Juni 2010